

Fragen

**für die Fragestunde der 165. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 4. Juni 2008**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38	Maisch, Nicole (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25
Bonde, Alexander (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5	Meierhofer, Horst (FDP)	23, 24
Bulling-Schröter, Eva (DIE LINKE.)	17, 18	Möller, Kornelia (DIE LINKE.)	21, 22
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	8, 10	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	33, 34
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14	Pau, Petra (DIE LINKE.)	6, 7
Heilmann, Lutz (DIE LINKE.)	26, 39	Schewe-Gerigk, Irmingard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	31, 32	Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 11
Irber, Brunhilde (SPD)	19, 20	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	2, 3
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28	Trittin, Jürgen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	36
Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	29, 30	Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	9
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen der aktuellen Spitzelaffäre bei der Deutschen Telekom AG und der Entscheidung, alle Telekommunikationsdaten ein halbes Jahr lang zu speichern (sogenannte Vorratsdatenspeicherung)?*)

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

2. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.) Wie wird das von der Bundesregierung geplante Monitoring zur Rindertuberkulose durchgeführt und wie finanziert?
3. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.) Die Rinder welcher Altersgruppen sollen ab wann tuberkulinisiert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

4. Abgeordneter
Alexander Bonde
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Hält die Bundesregierung weiterhin am Kauf von 68 Kampfflugzeugen durch Abruf der 3. Tranche des Typs Eurofighter fest, und wann plant sie eine Vertragsunterschrift?
5. Abgeordneter
Alexander Bonde
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Mit welchen Kosten im Rahmen der beschlossenen Kostenobergrenze rechnet die Bundesregierung für die 3. Tranche des Eurofighters, und welche Zusatzkosten für Obsoleszenzen bzw. Leistungssteigerungen und -modifikationen erwartet sie?

*) Siehe hierzu auch Frage 11.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

6. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.)
Werden Personen, die in der Datei „Gewalttäter Sport“ erfasst wurden, auch dann in dieser Datei weiter geführt, wenn ein gegen sie laufendes Ermittlungsverfahren eingestellt wurde oder mit einem Freispruch vor Gericht endete, und wenn ja, zu welchen Zwecken werden diese Daten weiterverwendet?
7. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.)
Wer entscheidet nach welchen Richtlinien über die Löschung der Daten aus der Datei „Gewalttäter Sport“?
8. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu treffen, um die zu erwartenden und laut „Süddeutsche Zeitung“ vom 26. Mai 2008 ihr bekannten Probleme bei der Schulung von Lehrerinnen und Lehrern an Volkshochschulen zu beheben, die ab dem 1. September 2008 Interessierten Einbürgerungskurse anbieten werden, jedoch aufgrund der Planung von Schulferien und des Nichtvorliegens der 300 möglichen Fragen für Einbürgerungstests in Vorbereitungsschwierigkeiten geraten sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

9. Abgeordneter
**Rainer
Steenblock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie beurteilt die Bundesregierung den Bericht des polnischen Abgeordneten Marcin Libicki, der am 27. Mai 2008 vom Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments angenommen wurde, und inwieweit folgt sie der Auffassung des Petitionsausschusses, die geplante Ostseepipeline sei eine „ernsthafte Umweltbedrohung“ und ein alternativer Routenverlauf sei notwendig – insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Betreibergesellschaft Nord Stream angekündigt hat, in Kürze einen Antrag auf Baugenehmigung bei der Bundesregierung zu stellen?

10. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welchen Standpunkt vertritt die Bundesregierung bezüglich des in der Presse gemeldeten Vergleichs (www.manager-magazin.de) zwischen dem Handyhersteller Nokia und der nordrhein-westfälischen Landesregierung, die von ihrer Forderung nach Rückzahlung der gezahlten Subventionen inklusive Zinsen in Höhe von ca. 60 Mio. Euro für das Werk in Bochum abgerückt sei und eine Einigung mit Nokia über die Rückzahlung von lediglich 30 Mio. Euro erzielt habe, sofern die Bundesregierung diesem Vergleich zustimme?
11. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat es Kontakte zwischen der Bundesregierung bzw. den ihr nachgeordneten Behörden und der Berliner Control Risks Group (Eigenwerbung: „clients, [...] they are [...] governments from many parts of the world“) bzw. der unter anderem von Ex-Stasi-Geheimdienstlern gegründeten Wirtschaftsdetektei Desa Investigation & Risk Protection gegeben, die nach Pressemitteilungen (u. a. ftd.de) von der Deutschen Telekom AG bzw. von deren Subunternehmen zur Bespitzelung von Mitarbeitern und Journalisten beauftragt wurde, und wenn ja, welche?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

12. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den zunehmenden Handel – insbesondere auch über Internetplattformen – mit militärischen Erkennungsmarken von Gefallenen des Zweiten Weltkriegs, und welche Maßnahmen will sie ergreifen, um gegen diesen Handel national und international vorzugehen, um so den Problemen zu begegnen, die sich aus diesem Handel mit Erkennungsmarken für die Identifikation von Kriegstoten ergeben?
13. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern beurteilt die Bundesregierung den Einsatz von Kindern als Testkäufer im Rahmen von Kontrollen des Jugendschutzes als rechtlich nicht zulässig?

*) Siehe hierzu auch Frage 1.

14. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unter welchen Bedingungen hält die Bundesregierung Testkäufe von Jugendlichen über 16 Jahren für vertretbar?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

15. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Asbestsanierungsfirmen nahmen an der Ausschreibung der Asbestsanierung des Palastes der Republik teil, und wie schlüsselten sich detailliert alle sieben Kostenpunkte lt. Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth vom 18. April 2007 (Antwort auf Frage 49 auf Bundestagsdrucksache 16/5166) auf (in Euro), insbesondere im Vergleich zu den im Vorfeld eingeplanten Kosten?
16. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche umfassenden Restaurierungsmaßnahmen wurden innerhalb der letzten 20 Jahre am Botschaftsgebäude in Washington vorgenommen und zu welchen Kosten?
17. Abgeordnete
Eva Bulling-Schröter
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung angesichts des geltenden Bundestagsbeschlusses zum Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen vom 7. Juni 2002, welcher einzig einen staustufenlosen Ausbau des Flusses durch die sogenannte Ausbauvariante A vorsieht, folgende Aktivitäten des Freistaates Bayern:
- a) dass im Raumordnungsverfahren zum Donauausbau auf Wunsch der bayerischen Staatsregierung auch die Varianten C/C 2,80 mit einer Staustufe und D2 mit drei Staustufen untersucht wurden;
- b) dass durch die Regierung Niederbayern nach Abschluss des Verfahrens die Variante C/C 2,80 empfohlen wurde, wobei im Verfahren das Bundesamt für Gewässerkunde (BfG) und die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW) als Prüfungsinstanzen beteiligt wurden?
18. Abgeordnete
Eva Bulling-Schröter
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung angesichts des geltenden Bundestagsbeschlusses zum Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen vom 7. Juni 2002, welcher einzig einen staustufenlosen Ausbau des

Flusses vorsieht, die Tatsache, dass der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, im Juli 2007 einen Förderantrag der Rhein-Main-Donau-Gesellschaft (RMD) Wasserstraßen GmbH für eine variantenunabhängige Untersuchung des Ausbaus der Donau in diesem Abschnitt an die Europäische Kommission stellte, welche laut Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Kosten von 33 Mio. Euro verursachen wird, obwohl die Bundesregierung aufgrund des Bundestagsbeschlusses ausschließlich als Bauherr für die Variante A zur Verfügung stehen kann?

19. Abgeordnete
**Brunhilde
Irber**
(SPD)

Hält die Bundesregierung die Rhein-Main-Donau-Gesellschaft (RMD), ein 100-prozentiges-Tochterunternehmen der RMD AG, die sich über ihre Gesellschafter E.ON, LEW und EnBW vollständig im Besitz privater Stromversorger und Wasserkraftwerksbetreiber befindet und die zudem das Konzessionsrecht für die Stromnutzung an Staustufen der Donau zwischen Straubing und Vilshofen besitzt, für geeignet, wesentliche Dienstleistungen (Koordination, Erstellung des Untersuchungsprogramms, Betreuung der geplanten Vorgaben) für die sog. variantenunabhängige Untersuchung einer staustufenfreien und einer staugestützten Ausbauvariante der Donau im erwähnten Abschnitt zu erbringen?

20. Abgeordnete
**Brunhilde
Irber**
(SPD)

Hält es die Bundesregierung für angemessen, dass das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit nicht an der Entscheidung über die Vergabe der Koordination der sog. variantenunabhängigen Untersuchung im Zusammenhang mit dem Donauausbau an die RMD beteiligt war, das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung also darüber allein entschieden hat, und warum wurde oder hat sich das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit angesichts der Tatsache, dass die Untersuchungen Teil der Vorarbeiten zur FFH-Verträglichkeitsuntersuchung (FFH = Flora-Fauna-Habitat) im Zusammenhang mit einem Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen sind, nicht an der Auswahl der RMD als Koordinator der sog. variantenunabhängigen Untersuchung beteiligt?

21. Abgeordnete
Kornelia Möller
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass bei der Entscheidung über eine Variante des Donauausbaus im Abschnitt Straubing–Vilshofen das Einvernehmen mit dem Land Bayern erforderlich ist, und wie begründet sie ihre Position?
22. Abgeordnete
Kornelia Möller
(DIE LINKE.)
- Besteht die Bundesregierung auf einer finanziellen Beteiligung Bayerns am Donauausbau?
23. Abgeordneter
Horst Meierhofer
(FDP)
- Wie gedenkt die Bundesregierung den Bundestagsbeschluss zum Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen vom 7. Juni 2002 umzusetzen, welcher einzig einen staufenlosen Ausbau des Flusses vorsieht?
24. Abgeordneter
Horst Meierhofer
(FDP)
- Warum wurde die Koordination der Studie zur variantenunabhängigen Untersuchung des Donauausbaus ohne Ausschreibung an die RMD vergeben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

25. Abgeordnete
Nicole Maisch
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung in der Abwasserverordnung noch keine Regelungen zur Vermeidung und Minimierung von Salzabwässern aus der Kaliindustrie festgelegt, obwohl es entsprechend eines Referenzdokuments des europäischen Büros zur integrierten Vermeidung und Kontrolle von Umweltverschmutzungen (EIPPC, 2003) im Abwasserbereich einen Stand der Technik bei der Entfernung gelöster Salze gibt und in anderen Ländern die Aufhaltung von Rückstandssalzen nicht erlaubt und die Verfüllung von abgebauten Flözen (z. B. Kanada, Thailand) vorgeschrieben ist, wodurch die Entstehung von Haldenabwässern vermieden bzw. begrenzt wird?
26. Abgeordneter
Lutz Heilmann
(DIE LINKE.)
- Inwiefern sieht die Bundesregierung die von ihr ins Leben gerufene LifeWeb-Initiative, die auf freiwilliger Basis bilaterale Vereinbarungen zur Finanzierung des Erhalts schützenswerter Naturräume vor-

sieht, als vereinbar mit Artikel 8a der Biodiversitätskonvention (CBD) an, der die Verpflichtung enthält, dass jede Vertragspartei ein System von Schutzgebieten einzurichten hat, und welche Bemühungen hat die Bundesregierung als Vorsitzende der 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD unternommen, diese völkerrechtliche Verpflichtung aus Artikel 8a der CBD in die Tat umzusetzen?*)

27. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Treffen die von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) festgestellten Defizite bei der Entsorgung von FCKW-haltigen Kühlgeräten in Deutschland hinsichtlich illegaler Exporte und unzureichender Entsorgung der extrem klimaschädlichen FCKW nach Erkenntnis der Bundesregierung – ganz oder teilweise – zu (Capital 09/2008), und was unternimmt die Bundesregierung, um diese Defizite abzustellen?

28. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Erachtet die Bundesregierung die Einführung einer verpflichtenden Mengenstrombilanz nach österreichischem Vorbild als ein geeignetes zusätzliches Instrument, um den Vollzug des geltenden Rechts zu verbessern und eine Freisetzung von FCKW bei der Entsorgung effektiv zu verhindern, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

29. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(DIE LINKE.)

Wie viele Bewerbungen gab es für das Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) „Spitzenforschung und Innovation in den Neuen Ländern“, und nach welchen konkreten Kennzahlen wurden die sechs geförderten Projekte ausgewählt?

30. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(DIE LINKE.)

Wie hoch ist der Anteil der Frauen und Ostdeutschen in der Auswahljury für das Programm des BMBF „Spitzenforschung und Innovation in den Neuen Ländern“, und wie viele Frauen und Ostdeutsche auf Seiten der geförderten Projekte sind Ansprechpartner für das BMBF?

*) Siehe hierzu auch Frage 39.

31. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Hält die Bundesregierung ihre Absicht aufrecht, das Hochschulrahmengesetz (HRG) aufzuheben (vgl. Bundestagsdrucksache 16/6122), und falls ja, zu welchem Zeitpunkt soll das HRG nach dem aktuellen Diskussionsstand innerhalb der Bundesregierung außer Kraft treten?
32. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung des Rates für Nachhaltige Entwicklung, dass der Indikator der Zahl der Studienanfänger um einen Indikator zur Zahl der Studienabbrecher ergänzt werden sollte (siehe Ampelbericht des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Seite 36)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

33. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)
- Wurden die von der Bundesregierung für die Bundesrepublik Deutschland der EU-Kommission zum Zwecke der vorläufigen Einstellung des Beihilfverfahrens zur Rundfunkfinanzierung gemachten Zusagen, die im anstehenden 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag fristgerecht umgesetzt werden müssen, wie vereinbart bereits in der Entwurfsfassung vor der – bereits für den 12. Juni 2008 terminierten – Verabschiedung durch die Ministerpräsidentenkonferenz der EU-Kommission vorgelegt, und wenn ja, wie war die Reaktion der EU-Kommission?
34. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)
- Werden nach Überzeugung der Bundesregierung alle Zusagen, welche die Bundesrepublik Deutschland der EU-Kommission im Rahmen dieses Beihilfverfahrens gemacht hatte und die zur vorläufigen Einstellung dieses Verfahrens im April 2007 geführt haben, im aktuellen Entwurf des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages dergestalt umgesetzt, dass keine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland droht, und wenn ja, mit welcher Begründung?
35. Abgeordnete
Irmingard Schewe-Gerigk
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung bis zum Ende der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages zum Abschluss zu bringen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

36. Abgeordneter
Jürgen Trittin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche aktuellen Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Fall des afghanischen Journalisten Sayed Parvez Kambakhsh, der in Afghanistan am 26. Oktober 2007 wegen „Beleidigung des Islams“ unter von ihm bestrittenen Vorwürfen verhaftet wurde, und wie setzt sie sich für ihn angesichts von Berichten ein, die ein unfaires Verfahren, Druck und Folter gegen den Angeklagten, schwierigen Zugang durch Familie und Rechtsbeistand sowie Drohungen gegen seine Verteidigung nahelegen?
37. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die trotz der expliziten Aufforderung durch die EU (RAA-Resolution vom 29. April 2008) erneute Weigerung der usbekischen Behörden, Igor Vorontsov als Länderdirektor von Human Rights Watch für Usbekistan zu akkreditieren, und welche Auswirkungen hat dieses Verhalten aus Sicht der Bundesregierung auf die von ihr angestrebte weitere Lockerung und Aufhebung der Sanktionen gegen Usbekistan?
38. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung bisher keine der 13 noch in Guantanamo einsitzenden Uiguren aufgenommen, die von den USA bereits als „ungefährlich“ eingestuft wurden, aber von diesen aufgrund einer Gefährdung der Inhaftierten bei einer Abschiebung nach China nicht an China ausgeliefert werden?
39. Abgeordneter
Lutz Heilmann
(DIE LINKE.)
- Warum wurden Vertreterinnen und Vertreter indigener Völker auf der 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD in Bonn teilweise nur 3-Tages-Visa ausgestellt, so dass sich diese nur sehr eingeschränkt an der Konferenz beteiligen konnten, obwohl erst im September 2007 durch die Verabschiedung der UN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker deren Rechte deutlich gestärkt wurden „und auch auf der sechsten Sitzung der ABS-Arbeitsgruppe in Genf im Vorfeld der 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD die Wahrung der Rechte der indigenen Völker über genetische Ressourcen und ihre erforderliche Zustimmung zum Zugang in den Vorschlag für ein sog. ABS-Regime aufgenommen wurde, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dass sie mit einer solchen Behandlung ihrer Gastgeberrolle gerecht geworden ist?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 26.

